

Bericht der Sommersession 2020

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Ständerat entschied in der Sommersession über die Investitionen des Bundes in Bildung, Forschung und Innovation in den kommenden vier Jahren. Er nahm einerseits in verschiedenen Bereichen der BFI-Botschaft 2021-2024 gezielte Aufstockungen der finanziellen Mittel im Umfang von insgesamt 188 Millionen Franken vor. Andererseits befasste sich die kleine Kammer mit den vom Bundesrat geplanten Kreditsperren in den einzelnen Bundesbeschlüssen. Eine deutliche Mehrheit sprach sich dafür aus, auf diese Kreditsperren zu verzichten und damit die Planungssicherheit für die betroffenen Akteure im BFI-Bereich zu verbessern.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Petra Studer, petra.studer@netzwerk-future.ch

ENTSCHEIDE DES PARLAMENTS

BFI-Botschaft 2021-2024: Ständerat lehnt Kreditsperren ab

In der Beratung der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaft) in den Jahren 2021-2024 (**20.028**) bewilligte der Ständerat einen Investitionsrahmen von rund 28 Milliarden Franken zugunsten des Wissensplatzes Schweiz. Abweichend zum Entwurf des Bundesrates sprach er sich in gewissen Bereichen für gezielte finanzielle Aufstockungen von insgesamt 188 Millionen Franken aus. Im Weiteren stimmten bei den einzelnen Bundesbeschlüssen jeweils klare Mehrheiten für die Streichung der vom Bundesrat vorgesehenen Kreditsperren,

die eine Blockierung von insgesamt 312 Millionen Franken zur Folge gehabt hätten. Im Sinne einer Gesamtschau auf die finanzielle Planung im BFI-Bereich beabsichtigt der Bundesrat, diese Mittel in Abhängigkeit der definitiven Kosten der Schweizer Beteiligung an den EU-Programmen zurückzuhalten. Mit dem Verzicht auf diese Kreditsperren will der Ständerat die Planungssicherheit der betroffenen Akteure im BFI-Bereich erhöhen.

Gezielte Aufstockungen in verschiedenen Bundesbeschlüssen

Die kleine Kammer unterstütze verschiedene Aufstockungsanträge von Mehrheiten ihrer Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-S). Der Ständerat stockte den Zahlungsrahmen der Innosuisse um 130 Mio. Franken auf und erhöhte die Finanzierung der Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung um 39 Mio. Franken. Der Finanzrahmen der Akademien der Wissenschaften wurde um 6,9 Mio. Franken aufgestockt und weitere zusätzliche 12,4 Mio. Franken sollen als Anstossfinanzierung für die Digitalisierung naturwissenschaftlicher Sammlungen verwendet werden. Die von der Kommissionsmehrheit beantragte Erhöhung der projektgebundenen Beiträge um 12 Mio. Franken für Nachhaltigkeitsprojekte an den Hochschulen fand im Ständerat hingegen keine Mehrheit. Zwei Aufstockungsanträge von Kommissionsminderheiten wurden ebenfalls abgelehnt: einerseits der Antrag für zusätzliche 10 Mio. Franken zugunsten der Weiterbildung und andererseits eine Aufstockung um 41 Mio. Franken zugunsten der internationalen Mobilitäts- und Kooperationsprogramme in der Bildung.

In der Herbstsession wird sich der Nationalrat mit der BFI-Botschaft 2021-2024 befassen.



Protokoll des Ständerats vom 17. Juni 2020

Nationalrat unterstützt die Revision des ETH-Gesetzes

Der Nationalrat behandelte in der Sommersession die Revision des Bundesgesetzes über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Gesetz, **19.065**). Mit der Gesetzesänderung sollen die Vorgaben der Corporate-Governance-Politik und die Empfehlungen der Eidgenössischen Finanzkontrolle umgesetzt werden. Die grosse Kammer nahm die Revision des ETH-Gesetzes mit 189 zu 0 Stimmen an.

Beschwerderecht für Institutionen

In mehreren Punkten wich der Nationalrat von der bundesrätlichen Vorlage ab und folgte stattdessen den Anträgen seiner Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N). Mit 178 zu 12 Stimmen bei einer Enthaltung stimmte er für ein Beschwerderecht der beiden Hochschulen und der Forschungsanstalten im ETH-Bereich beim Bundesverwaltungsgericht. Des Weiteren soll der ETH-Rat die Institutionen anhören, bevor er Empfehlungen abgibt, Aufträge erteilt oder Massnahmen ergreift. In einem nächsten Schritt wird sich der Ständerat mit der Vorlage befassen.

Protokoll des Nationalrats vom 11. Juni 2020

Lancierung der Swiss-Covid-App auf Ende Juni geplant

Das Parlament stimmte der gesetzlichen Grundlage für die Swiss-Covid-App im Rahmen der Änderung des Epidemiengesetzes (20.040) zu. Im Ständerat fiel die Entscheidung mit 42 Stimmen zu einer Gegenstimme und der Nationalrat gab mit 156 zu 22 Stimmen bei 13 Enthaltungen grünes Licht. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier passten den vom Bundesrat vorgelegten Gesetzesentwurf zur Rückverfolgung von Corona-Infizierungen per App nur geringfügig an. So sollen etwa Personen, die eine Warnung via App erhalten, dass sie Kontakt zu einer infizierten Person hatten, das Anrecht auf einen kostenlosen Coronavirus-Test erhalten. Der Bundesrat soll ausserdem prüfen, inwiefern Personen, die sich nach positivem Coronavirus-Test isolieren müssen, eine Erwerbsausfallentschädigung erhalten.

Datenschutz von grosser Bedeutung

Die Swiss-Covid-App wurde vom Bund in Zusammenarbeit mit den beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen in Zürich und Lausanne entwickelt und soll das klassische Contact Tracing der Kantone ergänzen. Ein Kernanliegen bei der Entwicklung stellte der Datenschutz dar. Die Tracing-App beruht auf Freiwilligkeit und die Daten werden dezentral und zeitlich begrenzt gespeichert. Via Bluetooth-Funktechnik werden Kontakte aufgezeichnet, Standortdaten werden hingegen keine erfasst.

Protokoll des Ständerats vom 3. Juni 2020

➤ **Protokoll des Nationalrats vom 8. Juni 2020**

➤ **Protokoll des Ständerats vom 10. Juni 2020**

➤ **Protokoll des Nationalrats vom 11. Juni 2020**

AUSSERDEM HABEN DIE PARLAMENTARIERINNEN UND PARLAMENTARIER ...

➤ ...im Ständerat die Vorlage des Bundesrates zur Totalrevision des Gesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung (**19.072**) einstimmig angenommen. Der Ständerat stimmte Präzisierungen bezüglich der Rolle des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation zu. Das revidierte Bundesgesetz soll sowohl für eine Assoziierung an den EU-Bildungsprogrammen als auch für die Umsetzung eigener Schweizer Förderprogramme eine gleichwertige Rechtsgrundlage bilden. Die Gesetzesrevision geht nun an den Nationalrat.

➤ ... im Ständerat dem Gesetzesentwurf des Bundesrats über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz, **19.070**) einstimmig zugestimmt. Er unterstützt somit die Akkreditierung des aktuellen Eidgenössischen Hochschulinstituts für Berufsbildung als pädagogische Hochschule. Die kleine Kammer ergänzte den Entwurf mit zwei Absätzen zur Zusammenarbeit zwischen Kantonen und Arbeitswelt und deren teilweiser Regelung durch den Bundesrat. Als nächstes wird der Nationalrat die Vorlage beraten.

➤ ... im Ständerat den indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für eine starke Pflege» (**19.401**) mit 36 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Dieser soll den Pflegeberuf aufwerten, indem Ausbildungen

gefördert und zusätzliche Kompetenzen erteilt werden. Pflegefachkräfte in Ausbildung könnten in Zukunft etwa von den Kantonen unterstützt werden. Die kleine Kammer sprach sich dafür aus, insgesamt 100 Millionen Franken weniger zu investieren als der Nationalrat beantragt hatte. Das Geschäft geht zurück an den Nationalrat.

- ... im Nationalrat dem Energieforschungsprogramm «Swiss Energy Research for the Energy Transition» (SWEET, **20.029**) mit 145 zu 44 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt. Der Bundesrat sah 136,4 Millionen Franken bis Ende 2032 vor. Mit 104 zu 85 Stimmen bei einer Enthaltung sprach sich der Nationalrat für eine Verkürzung der Laufzeit bis Ende 2028 aus. Das Parlament soll nach acht Jahren erneut über die Finanzierung der Energieforschung befinden können.
- ... im Nationalrat mit 186 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung entschieden, die Motion der nationalrätlichen Finanzkommission (FK-N) für eine Umwidmung der Effizienzgewinne aus der strukturellen Reform bei Agroscope (**20.3014**) anzunehmen. Frei werdende Mittel sollen zugunsten der Agrarforschung und nicht für Bauvorhaben verwendet werden. Als nächstes wird der Ständerat die Motion behandeln.
- ... im Nationalrat mit 100 zu 50 Stimmen bei 2 Enthaltungen der Motion ihrer Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates (WBK-N) zur Unterstützung der Gosteli-Stiftung (**20.3006**) zugestimmt. Deren Erhalt sollte in den nächsten vier Jahren mit insgesamt 4 Millionen Franken sichergestellt werden. Die Gosteli-Stiftung betreibt ein Archiv zur Sammlung von Quellen zur Schweizer Frauengeschichte.
- ... im Nationalrat der Vorlage des Bundesrates zur Ergänzung eines Experimentierartikels im Betäubungsmittelgesetz mit 100 zu 85 Stimmen bei 2 Enthaltungen (**19.021**) zugestimmt. Er folgte seiner Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-N) und lehnte höhere Hürden zur Durchführung von Pilotversuchen mit Cannabis ab, wie etwa eine Meldepflicht beim Arbeitgeber oder an Schulen. Stattdessen berücksichtigte

die grosse Kammer den Antrag, dass in den Versuchen nur Schweizer Bio-Hanf zum Einsatz kommen soll.

VOM BUNDES RAT BEANTWORTET

➤ Titeläquivalenz für die höhere Berufsbildung

Motion (20.3050) von Nationalrat Matthias Aebischer (SP).

Eingereicht am 5. März 2020.

Der Bundesrat hat am 13. Mai 2020 die Ablehnung der Motion beantragt.

➤ Abschaffung der Guillotineklausel mit der EU. Nein zu einem Horizon-Europe-Abkommen mit Guillotineklausel

Motion (20.3055) von Nationalrat Thomas Aeschi (SVP).

Eingereicht am 5. März 2020.

Der Bundesrat hat am 13. Mai 2020 die Ablehnung der Motion beantragt.

➤ Geschlechterunterschiede als Thema in der medizinischen Lehre und Forschung

Motion (20.3092) von Nationalrätin Léonore Porchet (GPS).

Eingereicht am 11. März 2020.

Der Bundesrat hat am 13. Mai 2020 die Ablehnung der Motion beantragt.

➤ Berufsbildung 2030. Welche (gesetzgeberischen) Massnahmen sind notwendig?

Interpellation (20.3095) von Ständerat Matthias Michel (FDP).

Eingereicht am 11. März 2020.

Der Bundesrat hat am 20. Mai 2020 darauf geantwortet.

➤ Berufsbildung stärken mit freiwilligem und unentgeltlichem Fremdsprachenunterricht

Interpellation (20.3112) von Nationalrat Mike Egger (SVP).

Eingereicht am 12. März 2020.

Der Bundesrat hat am 13. Mai 2020 darauf geantwortet.

➤ Schwierige Lage des Mittelbaus an den Hochschulen

Interpellation (20.3121) von Nationalrat Fabien Fivaz (GPS).

Eingereicht am 12. März 2020.

Der Bundesrat hat am 20. Mai 2020 darauf geantwortet.

➤ Abfälle. Welche Lehren aus den NFP 70 und 71 ziehen?

Interpellation (20.3122) von Nationalrat François Pointet (GLP).

Eingereicht am 12. März 2020.

Der Bundesrat hat am 20. Mai 2020 darauf geantwortet.

NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE

➤ Stärkung der Milizpolitik - Anrechnung der Tätigkeit von Milizpolitikerinnen und Milizpolitikern an Weiterbildungen im Hochschulbereich

Postulat (20.3508) von Nationalrätin Priska Seiler Graf (SP).

Eingereicht am 3. Juni 2020.

➤ Pflichtbeiträge für die integrale Beteiligung an europäischen Kooperationsprogrammen 2021-2027

Anfrage (20.1017) von Nationalrat Eric Nussbaumer (SP).
Eingereicht am 8. Juni 2020.

➤ Numerus clausus und Perspektiven in der Ausbildung von Ärzten

Interpellation (20.3587) von Ständerat Marco Chiesa (SVP).
Eingereicht am 11. Juni 2020.

➤ Schlüsseltechnologien und Innovationen für die Schweiz in der Schweiz sichern

Interpellation (20.3676) von Nationalrätin Doris Fiala (FDP).
Eingereicht am 17. Juni 2020.

➤ Für eine gesteigerte und anerkannte Mitsprache der Studierenden

Motion (20.3669) von Ständerätin Elisabeth Baume-Schneider (SP).
Eingereicht am 17. Juni 2020.

➤ Für eine gesteigerte und anerkannte Mitsprache der Studierenden

Motion (20.3872) von Nationalrat Mathias Reynard (SP).
Eingereicht am 19. Juni 2020.

➤ Stärkung des Pharma- und Biotechnologie-Standorts Schweiz

Postulat (20.3752) von Ständerat Martin Schmid (FDP).
Eingereicht am 18. Juni 2020.

Anonymisierte Patientendaten für die Humanforschung - Erkenntnisse aus der Corona-Bekämpfung nutzen

Anfrage (20.1034) von Nationalrat Christoph Eymann (LDP).
Eingereicht am 19. Juni 2020.

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

KONTAKT

Netzwerk FUTURE
Münstergasse 64/66, 3011 Bern
Tel. 031 351 88 46
info@netzwerk-future.ch
www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik.
Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation
(BFI) und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

23. Juni 2020
